



SPD und FDP stürzen ab

Vor etwas mehr als zehn Monaten wurde der neue Bundestag gewählt, seit dem 8. Dezember 2021 sind **Olaf Scholz** Kanzler und die neue Regierung im Amt. Seitdem befindet sie sich permanent in der Bewältigung von Krisen, die sie selbst nicht verursacht hat. Jedenfalls nicht diese Bundesregierung.

Mit der Bewältigung der Pandemie wurde der „*Gesundheitsminister der Herzen*“, **Karl Lauterbach**, betraut. Auch wenn die Kommunikation nicht immer rund läuft, so müsste man doch auch mal zur Kenntnis nehmen, wo wir heute stehen und im Dezember 2021 standen. Bis auf Maskentragen im ÖPNV ist heute jede Versamlungsform wieder möglich, 22.000 Menschen bei den **Rolling Stones** ebenso wie 12.000 bei **Roland Kaiser** am Elbufer, volle Fußballstadien, Volksfeste etc.

Über **Olaf Scholz** kann man sagen, was man will, seine Kommunikation und die Art seiner Vorträge sind manchmal suboptimal, er bringt uns aber, auch im weltweiten Vergleich, gut durch die Krisen. Dass er die Trümmer der Energiepolitik seiner Vorgänger Merkel und Schröder aufräumen muss, kann man ihm nicht anlasten.

Auch Innenministerin **Nancy Faeser** macht ihren Job in schweren Zeiten ordentlich. Arbeits- und Sozialminister **Hubertus Heil** kümmert sich um Mindestlohn und kämpft gegen soziale Verwerfungen. Dass die Bauministerin **Klara Geywitz** ihre Wohnbauziele von 400.000 pro Jahr, angesichts der immensen Kostensteigerungen, nicht erreichen kann, kann man ihr nicht vorwerfen. Scholz, Lauterbach, Faeser, Heil und Geywitz machen im Rahmen der Möglichkeiten eine erträgliche Politik.

Die Entwicklungsministerin **Svenja Schulz** wird kaum wahrgenommen, wie auch, sind wir doch mit der Ukraine-Hilfe voll und ganz beschäftigt, da bleibt für andere wenig übrig. Über mangelnde Wahrnehmung kann sich Verteidigungsministerin **Christine Lambrecht** nicht beschweren. Die marode Bundeswehr hat sie übernommen, und zwar im Wesentlichen von CDU/CSU-Ministern. Von den 67 Jahren, in denen die 1955 gegründete Bundeswehr besteht, war die Union 47 Jahre verantwortlich, nur von 1969-1982 und 1998-2005 die SPD. Was an Lambrecht hängen bleibt, ist ein Hubschrauberflug nach Sylt, zu dem sie ihren Sohn mitgenommen hatte.

In der neuesten Umfrage von Infratest dimap für die ARD kommt die SPD gegenwärtig auf 17 Prozent, 8,7 Punkte weniger als bei der Wahl im September 2021.

Zweites Sorgenkind in der Koalition ist die FDP. Sie käme auf sieben Prozent, wenn am Sonntag gewählt würde, was einem Minus von 4,5 Prozent entspräche.

Justizminister **Marco Buschmann**, Verkehrsminister **Volker Wissing** und Bildungsministerin **Bettina Stark-Watzinger**, werden kaum wahrgenommen. Wissing höchstens, weil er sich gegen Tempo 130 auf Autobahnen stemmt, Stark-Watzinger läuft unterm Radar. Die Performance von Finanzminister und Vize-Vize-Kanzler **Christian Lindner** ist auch nicht berauschend, ganz im Gegensatz zu seiner glamourösen Hochzeit auf Sylt, womit er der zweite in der Bundesregierung mit einem Sylt-Problem ist.

Wahrnehmungsdefizite haben auch die Grünen. Bei steigenden Lebensmittelpreisen kann uns Ernährungsminister **Cem Özdemir** nicht helfen. Und was Umweltministerin **Steffi Lemke** betrifft, so muss sie zuschauen, wie die Grünen ihre komplette Klimapolitik, von Öl über Kohle bis zu Atomkraft, auf dem Altar beheizbarer Wohnungen opfern. Familienministerin **Lisa Paus** ist noch zu kurz im Amt, um aufgefallen sein zu können.

Ganz anders sieht es bei den Superstars der Grünen aus. Dass die Grünen Klimaziele auf wann auch immer verschoben werden, ficht **Robert Habeck** nicht an. Er ist der Erklärer der Nation, und das macht er sehr empathisch und in verständlicher Umgangssprache, die **Olaf Scholz** so fremd ist. **Annalena Baerbock** macht auf der gegenwärtig im Fokus stehenden Weltpolitik als Außenministerin einen guten Job und fürchtet sich nicht vor dem Kriegsverbrecher Lawrow und scheut auch nicht vor einem öffentlich ausgetragenen Streit mit ihrem türkischen Amtskollegen zurück.

Sind es also Baerbock und Habeck, die die Werte der Grünen nach oben treiben? Aktuell 23 Prozent, ein Plus von 8,2!

Die Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung insgesamt sinkt auf einem Wert von 36 Prozent, dem schwächsten seit der Amtsübernahme im Dezember 2021. Auch mit der Arbeit der Parteien sind die Bürger nicht sonderlich zufrieden. 43 Prozent sind mit der Arbeit der Grünen zufrieden, 34 Prozent mit der der SPD und nur 24 Prozent mit der Arbeit der FDP.

Die Zufriedenheitswerte der einzelnen Politiker sehen wie folgt aus: Baerbock 55, Habeck 50, Lauterbach und Scholz 42, Lindner 30 Prozent. Nach der Union wurde offenbar nicht gefragt. CDU und CSU kämen bei der Sonntagswahl auf 28 Prozent, Plus 3,9



und wären damit wieder stärkste Kraft im Bundestag. **Vollkommen unverdient, wie ich meine.** In der Opposition kann man, zugegeben, wenig gestalten, außer sich an einer Milliardenaufrüstung, pardon: Nachrüstung, der Bundeswehr zu beteiligen.

Ansonsten beschäftigen sich Merz, Röttgen, Spahn und andere in Talk-Shows mit Meckern und verlieren dabei vollkommen ihre eigene Verantwortung der letzten 16 Jahre aus den Augen. Sie werfen bei Lanz, Will und Co. der Ampel-Regierung Versagen vor, an dessen Zustandekommen sie maßgeblich beteiligt waren. Dass **Friedrich Merz** im Privatjet nach Sylt zur Lindner-Hochzeit flog, während sich das einfache Volk überlegen muss, wovon es Geld für höhere Energiekosten zurücklegen soll, ist an ihm vollkommen abgeprallt.

Die Schwäche der einen ist immer die Stärke der anderen. Wer wüsste das nicht besser als **Olaf Scholz**. Nur Dank des schwachen Flutlächlers Laschet hat die SPD die Wahl gewonnen.

Was noch?

Wonach hat Infratest dimap 1.313 Deutsche zwischen dem 1. und 3. August, telefonisch und online noch befragt? Hier eine Auswahl.

Insgesamt halten 53 Prozent der Befragten die aktuellen **Corona**-Maßnahmen in Deutschland für angemessen.

41 Prozent der Befragten würden es begrüßen, den Betrieb der **Atomkraftwerke**, um einige Monate zu strecken. Ebenfalls 41 Prozent fänden es sogar sinnvoll, Atomenergie auch langfristig zu nutzen. „Selbst bei den Anhängern der Grünen, die grundsätzlich der Atomkraft besonders kritisch gegenüberstehen, sprechen sich nur 31 Prozent dafür aus, am vereinbarten Ausstieg Ende des Jahres festzuhalten. Fast doppelt so viele, 61 Prozent der Grünen-Anhänger, sind dafür, den Betrieb zu strecken. Eine Minderheit, sieben Prozent, spricht sich für eine langfristige Nutzung aus.“

81 Prozent der Befragten fänden es richtig, den Ausbau der **Windenergie** schneller voranzutreiben. „61 Prozent begrüßen die verstärkte Nutzung von Kohlekraftwerken, ebenso viele fänden ein befristetes Tempolimit auf Autobahnen richtig. Kritischer sehen die Bürgerinnen und Bürger aber den Vorschlag, sogenanntes Fracking-Gas in Deutschland zu fördern. Durch das Erzeugen künstlicher Risse wird Gas aus Gesteinsschichten herausgepresst. 56 Prozent der Befragten lehnen das ab. Nur 27 Prozent begrüßen die Maßnahme.“

„Der grundsätzliche Kurs der Bundesregierung, sich **unabhängig von russischen Energie-Importen zu machen, wird von einer Mehrheit der Bevölkerung gestützt. 71 Prozent der Befragten finden dieses Ziel richtig, 24 Prozent falsch.**“

„Allerdings gibt es **deutliche Unterschiede** im Meinungsbild in den westlichen und östlichen Bundesländern: 76 Prozent der Befragten in den westlichen Bundesländern finden dieses Ziel richtig. In den östlichen Bundesländern liegt die Zustimmung mit 54 Prozent deutlich niedriger.“

„Die Bundesregierung diskutiert auch über weitere Entlastungsmaßnahmen für die Bürgerinnen und Bürger in Anbetracht der steigenden Energiepreise. Wie diese genau aussehen sollen, ist noch nicht entschieden. Aber wenn man die Bürgerinnen und Bürger selbst fragt, wem diese zugutekommen sollen, ist eine Mehrheit von 56 Prozent der Meinung, dass **zukünftige Entlastungen nur für Menschen mit niedrigen Einkommen gelten sollen.** Eine Entlastung für alle hingegen begrüßen 41 Prozent der Befragten.“

„Wie **mögliche Maßnahmen** finanziert werden sollen, ist zum jetzigen Zeitpunkt ebenfalls noch unklar. 46 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass dafür **mehr Schulden gemacht werden sollten.** 36 Prozent sprechen sich für Steuererhöhungen aus. Hier ist es besonders spannend, auf die Anhänger der FDP zu schauen. Ihre Partei spricht sich ja auf der einen Seite für eine Rückkehr zur Schuldenbremse, aber auch für eine Senkung der Steuern aus. **68 Prozent der FDP-Anhänger fänden es gut, zur Finanzierung mehr Schulden zu machen,** 17 Prozent sprechen sich dagegen dafür aus, die Steuern zu erhöhen.“

„Auch wenn Steuererhöhungen im Allgemeinen nicht auf großen Rückhalt in der Bevölkerung stoßen, bei der sogenannten Übergewinnsteuer ist das anders. Unternehmen, die aufgrund einer Krise besonders hohe Gewinne machen, sollen damit höher besteuert werden. 76 Prozent der Befragten fänden das eine richtige Maßnahme. 19 Prozent lehnen sie ab.“

Quelle: ARD DeutschlandTrend – Infratest dimap

Die „Schwankungsbreite“ bei den Umfragen liegt zwischen zwei und drei Prozentpunkten. Auch wenn Politiker immer behaupten, dass sie Wahlen und nicht Umfragen gewinnen wollen, so schauen sie sich die Umfragen doch sehr genau an. Die Frage, ob sie daraus Rückschlüsse ziehen, müsste in einer anderen Umfrage den Politikern selbst gestellt werden.

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch